



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	12
Unlauterer Wettbewerb	13
– Steuerberatung durch Unternehmensberater	
– Verstoß gegen § 4 Zif. 5 StBerG	
(BGH Urt. v. 9.10.1986 – I ZR 138/84)	
Berufspflichtverletzung des Steuerberaters	18
– Eigenverantwortliche Berufsausübung	
– Zahlung der Gebühren durch Dritte	
(BGH Urt. v. 9.10.1986 – I ZR 16/85)	
Fristversäumnis des Steuerberaters	20
– Investitionszulagenantrag	
– Wiedereinsetzungsantrag	
(FG München Urt. v. 6.10.1986 – VII (XIV) 4/83 In)	
Haftung des Steuerberaters	24
– Geldbuße als Schaden?	
– Anmerkung	
(LG Düsseldorf Urt. v. 19.6.1986 – 14 O 11/86)	

GI Leitsätze

Unerlaubte Rechtsbesorgung durch Schuldenregulierung

Die geschäftsmäßige Schuldenregulierung ist auch dann erlaubnispflichtige Rechtsbesorgung, wenn der Schuldner zwar den Rechtsanwalt, der die Verhandlung mit dem Gläubiger führen soll, beauftragt und bevollmächtigt, der Regulierer aber den Rechtsanwalt auswählt und ihn anweist, Ratenzahlungen entgegennimmt und unter die Gläubiger aufteilt sowie gegebenenfalls das Scheitern der Schuldenregulierung feststellt.

(LG Mosbach Ur. v. 14. 2. 1986 – KfH O 119/85 Rbeistand 1986, 127)

Unerlaubte Rechtsbesorgung eines versicherungsmathematischen Sachverständigen

Wird bei der rechnerischen Überprüfung von Rentenbescheiden über die reine Rechenarbeit hinaus die Richtigkeit der Ansätze anhand der einschlägigen Vorschriften überprüft, liegt eine erlaubnispflichtige Rechtsbesorgung vor.

(LG Düsseldorf Ur. v. 16. 5. 1986 – 22 S 564/85 Rbeistand 1986, 129)

Grenzen der Zusammenarbeit zwischen Rechtsanwalt und Inkassobüro

Ist die Zusammenarbeit zwischen einem Rechtsanwalt und einem Inkassobüro faktisch so ausgestaltet, daß eine Bürogemeinschaft vorliegt, liegt ein Standesverstoß des Rechtsanwaltes vor.

(EG Düsseldorf Ur. v. 5. 12. 1985 – 4 EV 117/83 und 4 EV 32/85 Rbeistand 1986, 131)

Prozeßvertretung beim Arbeitsgericht

Die geschäftsmäßige Besorgung von Arbeitsgerichtsprozessen ist den Verbandsvertretern und Rechtsanwälten vorbehalten. Rechtsbeistände (Prozeßagenten, Rechtskonsulenten) sind im Arbeitsgerichtsprozeß schlechthin von der Vornahme aller prozessualen Handlungen ausgeschlossen.

(LAG Hamm Ur. v. 13. 5. 1986 – 11 Sa 2354/85, nicht rechtskräftig, Rbeistand 1986, 166 m. Anm.)

Unlauterer Wettbewerb

– Steuerberatung durch Unternehmensberater

– Verstoß gegen § 4 Zif. 5 StBerG

(BGH Urt. v. 9.10.1986 – I ZR 138/84)

Leitsatz:

Eine zur Hilfeleistung der Steuersache nicht befugte Unternehmensberatungsgesellschaft darf Steuerberatung auch nicht durch von ihr beauftragte und bezahlte Steuerberater als ihre Erfüllungsgehilfen ausüben.

Leitsätze (d. Verf.):

Steuerberatung steht „in unmittelbarem Zusammenhang“ mit der kaufmännischen Beratungstätigkeit, wenn es sich nur um eine Hilfs- oder Nebentätigkeit im Rahmen der eigentlichen Berufsaufgabe handelt (§ 4 Zif. 5 StBerG).

Zur Abgrenzung der Vermittlung eines selbständigen Mandatsverhältnisses zum Steuerberater von der Erfüllung eigener Vertragspflichten durch Einschaltung eines Steuerberaters als Erfüllungsgehilfen.

Zum Sachverhalt:

Eine Wirtschafts- und Unternehmensberatungs AG beriet ihre Kunden gegen eine monatliche Pauschale von DM 175,- laufend und uneingeschränkt über alle betriebswirtschaftlichen und sonstigen Probleme kaufmännischer Art. In ihrer Werbung wies sie darauf hin, daß alle an sie im Rahmen ihres schriftlichen Beratungsdienstes gerichteten Anfragen von anerkannten Sachverständigen durch gutachtliche Stellungnahmen beantwortet würden. Nach ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen war sie berechtigt, auf ihre Kosten Aufträge zur Erstellung von Gutachten von Freiberuflern weiterzuleiten.

Im Juli 1982 wurden zwei an sie gerichtete Anfragen steuerrechtlichen Inhalts an einen Steuerbevollmächtigten in Lörrach zur Beantwortung weitergeleitet. Dieser hat seine gutachtlichen Stellungnahmen den Kunden unmittelbar übersandt. In den Mandatsbedingungen, die er den Stellungnahmen beigelegt hatte, wies er darauf hin, daß er die Anfragen von dem Unternehmensberater zur eigenverantwortlichen Beantwortung übersandt erhalten habe und ein gesondertes Mandatsverhältnis zwischen ihm und dem Kunden zustande gekommen sei. Gebühren seien aber nicht vom Kunden, sondern vom Unternehmensberater zu vergüten.

Aus den Gründen:

Ohne Rechtsverstoß ist das Berufungsgericht davon ausgegangen, daß die Beklagte nach der Vorschrift des § 4 Nr. 5 StBerG, die hier allein in Betracht zu ziehen ist, keine Hilfe in Steuersachen leisten darf. Dabei kann dahinstehen, ob sie, was das Berufungsgericht angenommen hat, ein Handelsgewerbe i. S. des § 4 Nr. 5 StBerG betreibt oder ob sich jedenfalls diese Vorschrift – entsprechend Art. 1 § 5 Nr. 1 RBerG – über ihren Wortlaut hinaus auf alle kaufmännischen oder sonstigen gewerblichen Unternehmen erstreckt (vgl. OLG Oldenburg DB 1978, 85 und 1979, 782, 783, jeweils mit Anm. Karsten Schmidt; ders. DB 1978, 1917 und DB 1981, 981). Denn zur Hilfeleistung in Steuersachen wäre die Beklagte bei Beratungstätigkeiten wie hier auch dann nicht befugt, wenn eine dieser Voraussetzungen zu bejahen wäre.

§ 4 Nr. 5 StBerG gestattet eine Steuerberatung nur für den Fall, daß sie mit der eigentlichen Berufstätigkeit des Unternehmers **in unmittelbarem Zusammenhang** steht. Das bedeutet, **daß es sich bei der Steuerberatung, damit diese erlaubt ist, nicht um einen Teil der eigentlichen Beratungsaufgabe selbst handeln darf, sondern nur um eine Hilfs- oder Nebentätigkeit im Rahmen der eigentlichen Berufsaufgabe** (BGHZ 79, 239, 244 – Unternehmensberater II/Unternehmensbetreuung). Diese Anforderungen sind hier nicht erfüllt.

Nach den rechtsfehlerfreien Feststellungen des Berufungsgerichts handelt es sich bei den in Rede stehenden Steuerberatungstätigkeiten der Beklagten um die Bearbeitung selbständiger Anfragen mit ausschließlich oder überwiegend steuerrechtlichem Inhalt, die nicht in Zusammenhang mit der Beantwortung betriebswirtschaftlicher oder sonstiger kaufmännischer Fragen stehen. Daß an die Beklagte derartige Anfragen lediglich aus Anlaß ihrer kaufmännischen Beratungstätigkeit gerichtet werden, genügt für die Annahme eines unmittelbaren Zusammenhangs in dem vorerörterten Sinne nicht.

Rechtsfehlerfrei ist das Berufungsgericht auch davon ausgegangen, daß die Beklagte ihren Kunden – durch einen Steuerbevollmächtigten – Hilfe in Steuersachen geleistet hat. Dabei hat es angenommen, daß die Beklagte, wie die von der Klägerin vorgetragenen Fälle zeigten, **keine Mandatsverhältnisse zwischen ihren Kunden und Steuerberatern** (Steuerbevollmächtigten) **vermittele, sondern durch Einschaltung solcher Berater als Erfüllungsgehilfen ihre eigenen Vertragspflichten gegenüber ihren Kunden erfülle**. Die Revision hält dem entgegen, daß die Beratungsverträge mit den Kunden die Beklagte nicht zur Hilfeleistung in Steuersachen verpflichteten und daß sie deshalb, was rechtlich nicht zu

beanstanden sei, **lediglich die Begründung von Mandatsverhältnissen zwischen Kunden und Steuerberater** vermittele, ohne sich dessen Dienste als Erfüllungsgehilfe zunutze zu machen. Damit kann die Revision keinen Erfolg haben.

Bei der Prüfung der Frage, ob sich die Beklagte durch Abschluß der in Rede stehenden Beratungsverträge gegenüber ihren Kunden auch zur Beantwortung von an sie gerichteten Anfragen steuerrechtlichen Inhalts verpflichtet hat, ist das Berufungsgericht zu Recht davon ausgegangen, daß es insoweit auf den objektiven Erklärungswert der ihre Vertragsleistungen beschreibenden Erklärungen und Umstände ankomme, d. h. darauf, ob die Kunden die Erteilung steuerrechtlicher Auskünfte als von der Beklagten nach dem Vertrag geschuldet erwarteten (vgl. BGHZ 47, 75, 78; BGH Ur. v. 26.10.1983 – IVa ZR 80/82, NJW 1984, 721; BGB-RGRK 12. Aufl. 1982, § 133 Rdnr. 2, 3 m.w.N.). Dies hat das Berufungsgericht ohne Rechtsverstoß bejaht. Auch seine weitere Annahme, daß sich die Beklagte in den von der Klägerin beanstandeten Fällen des Steuerbevollmächtigten als Erfüllungsgehilfen bedient habe, hält der rechtlichen Nachprüfung stand. Nach den rechtsfehlerfrei getroffenen Feststellungen des Berufungsgerichts verspricht die Beklagte gemäß den von ihr verwendeten Vertragsformularen u. a. eine sachlich uneingeschränkte Inanspruchnahme ihres Beratungsdienstes. Damit bietet sie – entsprechend dem von ihr herausgegebenen Prospekt T 80 – auch Beratung zu Steuerbestimmungen an. Auf die an sie gerichteten Anfragen entscheidet sie in allen Fällen allein und ohne Rücksprache mit den Kunden über die Einschaltung eines Steuerberaters und über dessen Auswahl. Hinzu kommt, daß es allein die Beklagte ist, die mit dem Steuerberater abrechnet und diesen bezahlt. Wenn das Berufungsgericht aus diesen Umständen hergeleitet hat, daß die Kunden der Beklagten davon ausgingen, die Beklagte schulde auch die Beantwortung steuerrechtlicher Anfragen als eigene Leistung und habe deshalb unter Ausnutzung des Vorbehalts in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen, Aufträge zur Erstellung von Gutachten an Freiberufler weiterzuleiten, diese als ihre Erfüllungsgehilfen tätig werden lassen, so ist diese im wesentlichen tatrichterliche Würdigung weder erfahrungswidrig noch sonst von Rechtsirrtum beeinflußt. Dabei durfte das Berufungsgericht auch berücksichtigen, daß nach dem eigenen Vortrag der Beklagten ihre Kunden für die Ablehnung steuerrechtlicher Anfragen durch sie kein Verständnis hätten. Rechtsfehlerfrei konnte das Berufungsgericht auch das als einen Hinweis darauf ansehen, daß die Kunden der Beklagten von dieser eine auch in steuerrechtlicher Hinsicht umfassende Beratung erwarteten.

Demgegenüber kann die Revision nicht mit Erfolg darauf verweisen, daß der Steuerbevollmächtigte in den von der Klägerin beanstandeten Fällen den unmittelbar an die Kunden übersandten Auskünften seine Mandatsbedingungen beigelegt habe mit der Erklärung, daß durch die Anfrage, die ihm die Beklagte zur eigenverantwortlichen Beantwortung übersandt habe, ein gesondertes Mandatsverhältnis zwischen ihm und den Kunden zustande gekommen sei. Das Berufungsgericht hat verneint, daß sich aus diesen Erklärungen ein Mandatsverhältnis unmittelbar zwischen Steuerberater und Kunden herleiten lasse. Ob dem zugestimmt werden kann, erscheint allerdings nicht zweifelsfrei. Im Hinblick darauf, daß, wie es in den Mandatsbedingungen des Steuerbevollmächtigten heißt, dieser von einem besonderen Mandatsverhältnis ausgeht und dabei auch Erklärungen abgibt, aus denen die Kunden auf eine unmittelbare Haftung des Steuerbevollmächtigten ihnen gegenüber schließen, ist deren Einverständnis mit dem Zustandekommen eines Mandatsverhältnisses zwischen ihnen und dem Steuerbevollmächtigten – neben dem Vertragsverhältnis zwischen der Beklagten und den Kunden – nicht ohne weiteres auszuschließen. Indessen kann das in diesem Zusammenhang dahinstehen. Angesichts der Tatsache, daß sich die Beklagte gegen monatliche Pauschalzahlungen zu laufender und uneingeschränkter Auskunft und Beratung verpflichtet, im Hinblick darauf, daß die Kunden alle Anfragen ausschließlich an sie zu richten haben, und mit Rücksicht darauf, daß allein sie den Berater auswählt und bezahlt, würde es der Lebenserfahrung widersprechen anzunehmen, daß die Kunden allein aufgrund der ihnen übermittelten Mandatsbedingungen davon ausgingen, hinsichtlich der erbetenen Auskunft sei nicht mehr die Beklagte, sondern allein der Steuerbevollmächtigte ihr Vertragspartner.

Daß die Kunden möglicherweise nicht nur der Beklagten, sondern auch dem von dieser eingeschalteten Steuerberater (Steuerbevollmächtigten) vertraglich verbunden sind, steht – im Gegensatz zur Auffassung der Revision – nicht der Annahme entgegen, daß der Steuerberater als Erfüllungsgehilfe der Beklagten tätig wird. Für die Frage, ob sich die Beklagte eines solchen Beraters als Erfüllungsgehilfen bedient, kommt es allein darauf an, ob dieser nach den tatsächlichen Umständen des Falles mit dem Willen der Beklagten bei der Erfüllung der dieser obliegenden Verbindlichkeit als deren Hilfsperson tätig wird. Aus welchem Grund das der Fall ist, ob der Steuerberater in ein eigenes Vertragsverhältnis mit den Kunden tritt und ob er weiß und davon ausgeht, daß ihn die Beklagte zur Erfüllung ihrer eigenen Vertragsverpflichtungen tätig werden läßt, ist unerheblich, wenn sich nur, wie es vorliegend der Fall war, seine Tätigkeit als eine von der Beklagten gewollte und gebilligte Mitwirkung bei der

Vertragserfüllung darstellt (vgl. RGZ 64, 231, 234; BGHZ 13, 111, 113, 114; 62, 119, 124; Palandt/Heinrichs, BGB 45. Aufl. 1986, § 278 Anm. 3 a).

Die danach von der Beklagten unbefugt geleistete Hilfe in Steuersachen wird nicht dadurch gerechtfertigt, daß sie sich dabei der Hilfe eines Steuerberaters (Steuerbevollmächtigten) bedient. Sinn und Zweck der §§ 2–4 StBerG ist es, im Interesse des Steueraufkommens, der Steuermoral sowie zum Schutz gesetzesunkundiger Steuerpflichtiger, die durch Falschberatung Schaden erleiden können, sicherzustellen, daß nur solche Personen geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen leisten, die die dazu erforderliche sachliche und persönliche Zuverlässigkeit besitzen (BVerfG 54, 301, 315). Dem ist zwar vorliegend insoweit Rechnung getragen, als die in Rede stehenden steuerrechtlichen Auskünfte von zur unbeschränkten geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen befugten Beratern (§ 3 Nr. 1 StBerG) erteilt werden. Jedoch stellt das Gesetz nicht darauf ab, ob im Einzelfall eine sachlich zutreffende Auskunft erteilt wird. Auch genügt es den gesetzlichen Vorschriften nicht, wenn die zur Beratung vertraglich verpflichtete, zur Hilfeleistung in Steuersachen aber nicht befugte Person, hier die Beklagte, zur Erfüllung ihrer Vertragspflichten einen Steuerberater als Angestellten beschäftigt oder sich ihrerseits von Fall zu Fall von einem Steuerberater beraten läßt oder – wie im Streitfall – einen solchen Berater zur direkten Auskunftserteilung veranlaßt. Wer Hilfe in Steuersachen leistet, muß nach dem Gesetz dazu in eigener Person befugt sein.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß bei der Einschaltung von Steuerberatern wie hier deren vom Gesetz erforderte **Unabhängigkeit** (§ 57 Abs. 1 StBerG) **nicht mehr ausreichend gewährleistet** ist und daß auch deshalb die Heranziehung eines Steuerberaters das Verhalten des unbefugt Hilfe in Steuersachen Leistenden nicht zu rechtfertigen vermag. Zutreffend hat das Berufungsgericht insoweit erwogen, daß der Steuerberater in Fällen wie hier in der Gefahr steht, in einen seine Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit beeinträchtigenden Widerstreit gegensätzlicher Interessen von Kunden und Unternehmensberatungsgesellschaft zu geraten, wenn er seine Vergütung nicht von dem Beratenen, sondern von einem Dritten, der Beratungsgesellschaft, erhält. Dieser finanziert die von ihm zu begleichenden Steuerberatergebühren aus den ihm zufließenden Pauschalzahlungen des Kunden, die vom Umfang der Steuerberatung unabhängig sind. In solchen Fällen liegt die Annahme nahe, daß die Unternehmensberatungsgesellschaft ein Interesse daran hat, die Steuerberatergebühren nach Möglichkeit gering zu halten. Das kann in einer für den Kunden nachteiligen Weise die Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit des Steuerberaters beein-

flussen. Denn während der Kunde ein berechtigtes Interesse an einer am Einzelfall orientierten umfassenden Beratung hat, muß der Steuerberater mit der Möglichkeit rechnen, daß ihn die Beratungsgesellschaft nicht mehr berücksichtigt, wenn ihr, sei es zu Unrecht, die Tätigkeit des Steuerberaters als zu umfangreich und dessen Gebührenberechnung demzufolge (vgl. §22 der Steuerberatergebührenverordnung vom 17.12.1981, BGBl. I S. 1442) als zu hoch erscheinen (siehe auch das in der Parallelsache ergangene Senatsurteil vom 9.10.1986 – I ZR 16/85, auf dieser Seite).

Berufspflichtverletzung des Steuerberaters

- Eigenverantwortliche Berufsausübung
 - Zahlung der Gebühren durch Dritte
- (BGH Urt.v. 9.10.1986 – I ZR 16/85)

Leitsatz:

Mit den Berufspflichten des Steuerberaters zu unabhängiger und eigenverantwortlicher Berufsausübung ist es nicht zu vereinbaren, Hilfe in Steuersachen zu leisten, wenn die Steuerberatergebühren nicht der Beratene zahlt, sondern ein Dritter, der sich aus Anlaß einer von ihm für den Beratenen gegen monatliche Pauschalzahlung entfalteten kaufmännischen Beratungstätigkeit diesem und dem Steuerberater gegenüber zur Zahlung der Gebühren verpflichtet hat (hier eine Unternehmensberatungsgesellschaft).

Leitsatz (d. Verf.):

Der Bundesgerichtshof hat die Frage offengelassen, ob ein gewerbsmäßiges Vermittelnlassen von Mandanten mit den Berufspflichten eines Steuerberaters vereinbar ist.

Zum Sachverhalt:

Die Klagen der Steuerberaterkammer hatten geltend gemacht, daß ein Verstoß gegen das Steuerberatungsgesetz und gegen §1 UWG zu beanstanden sei, wenn sich der beklagte Steuerberater Aufträge gewerbsmäßig vermitteln lasse und Hilfe in Steuersachen leiste, für die nicht der Beratene, sondern ein Dritter gewerbsmäßig das Entgelt zahle. In einem weiteren Prozeß (I ZR 138/84, in diesem Heft S. 13) hat die Kammer auch gegen den Dritten – eine Unternehmensberatungsgesellschaft – Unterlassungsklage wegen Verstoßes gegen das Steuerberatungsgesetz und gegen §1 UWG erhoben.

Aus den Gründen:

Das Berufungsgericht hat angenommen, daß ein Steuerbevollmächtigter wie der Beklagte seinen beruflichen Pflichten zu unabhängiger und eigenverantwortlicher Berufsausübung (§ 57 Abs. 1 StBerG) nicht gerecht wird, wenn die Auftragsbedingungen so gestaltet sind, daß er die Vergütung für seine Beratungstätigkeit nicht von dem Beratenen, sondern von einem Dritten, der Gesellschaft, erhält, der seinerseits erfahrungsgemäß an einer Geringhaltung der Steuerberaterkosten interessiert ist. Das ist aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden. Rechtsirrtumsfrei hat das Berufungsgericht ausgeführt, bei derartigen Aufträgen bestehe die Gefahr, daß der Steuerberater in einen Interessengegensatz zwischen der Betreuungsgesellschaft und den Kunden gerate. Denn während der Kunde ein berechtigtes Interesse an einer am Einzelfall orientierten umfassenden Beratung habe, müsse der Steuerberater mit der Möglichkeit rechnen, daß ihn die Betreuungsgesellschaft nicht mehr berücksichtigen werde, wenn dieser die Tätigkeit des Steuerberaters als zu umfangreich und ihr seine Gebührenrechnung demzufolge (vgl. § 22 der Steuerberatergebührenverordnung vom 17.12.1981, BGBl. I 1442) als zu hoch erschienen. Im Hinblick darauf steht der Steuerberater, wie das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei angenommen hat, in solchen Fällen unter dem Zwang, bei der Bemessung des Umfangs seiner Beratungstätigkeit nicht nur das Interesse des Beratenen, sondern auch das des Dritten im Auge zu haben, was für den Kunden im Einzelfall von Nachteil sein kann. Mit Recht hat das Berufungsgericht angenommen, daß eine solche Beratungstätigkeit mit den Pflichten eines Steuerberaters aus § 57 Abs. 1 StBerG nicht in Einklang steht.

Ohne Erfolg weist die Revision demgegenüber darauf hin, daß nach § 53 Abs. 3 der Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts (Richtlinien der Bundesrechtsanwaltskammer gemäß § 177 Abs. 2 Nr. 2 BRAO,

abgedr. bei Jessnitzer, Bundesrechtsanwaltsordnung, 3. Aufl. 1985, Anh. II Pauschalvergütungen zwischen einem Rechtsanwalt und einem Verband oder Verein für die Beratung von Mitgliedern dieser Organisation vereinbart werden dürften. Für die Beurteilung der vorliegenden Streitsache hat das keine Bedeutung. In den Fällen des § 53 Abs. 3 der genannten Richtlinien wird – anders als in den vorliegend zu beurteilenden Fällen – die Pauschalvergütung mit einer der Beratungstätigkeit vorangehenden Vereinbarung festgelegt (vgl. § 5 Abs. 1 des von der Revision vorgelegten Mustervertragsformulars der Rechtsanwaltskammer Freiburg). Bei einer solchen Handhabung tritt die Gefahr einer Interessenkollision, wie sie vorliegend gegeben ist, zurück.

Fristversäumnis des Steuerberaters

- Investitionszulagenantrag
- Wiedereinsetzungsantrag

(FG München Urt. v. 6.10.1986 – VII (XIV) 4/83 In)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Antrag auf Investitionszulage muß bis zum Ablauf der Antragsfrist beim zuständigen Finanzamt eingehen.
2. Schuldhaftes Fristversäumnis des Steuerberaters: Ein Steuerberater handelt fahrlässig, wenn er es unterläßt, sich anhand der Hausnummer zu vergewissern, daß er vor dem richtigen Finanzamt steht.
3. Keine schuldhafte Pflichtverletzung des Finanzamtes: Ein schuldhaftes Verhalten der Münchner Finanzbehörden ist auszuschließen, wenn die Weiterleitung eines richtig adressierten Briefes zwei Tage dauert. Das gilt auch dann, wenn sich die beiden Finanzämter nebeneinander befinden!

Zum Sachverhalt:

Am 1. Oktober 1982 ging beim zuständigen Finanzamt München für Körperschaften der Antrag auf Investitionszulage 1981 ein. Der Steuerberater teilte dem Finanzamt mit, daß er unter Zeugen persönlich den Antrag am Mittwoch, den 29. September 1982 um 21.00 Uhr in den Briefkasten des Finanzamtes München für Grundbesitz und Verkehrssteuern eingeworfen habe.

Aus den Gründen:

Der Antrag auf Gewährung der InvZul kann nach § 5 Abs. 3 InvZulG nur innerhalb von 9 Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres gestellt werden, in dem das Wirtschaftsjahr der Anschaffung, Herstellung, Anzahlung, Teilherstellung oder Beendigung nachträglicher Herstellungsarbeiten endet. Der Antrag auf Gewährung der InvZul ist bis zum Ablauf der Antragsfrist an das für die Gewährung der InvZul **zuständige** Finanzamt zu richten (vgl. BFH-Urt. v. 10.6.1975 VIII R 72/72 BStBl 1975, 762, Heyde, Betriebsberater 1986, S. 1753). Zuständig ist das für die Besteuerung des Antragstellers nach dem Einkommen zuständige Finanzamt (vgl. § 5 Abs. 3 Satz 1 InvZulG). Für die Klin, eine Kapitalgesellschaft, ist dies das Finanzamt München für Körperschaften (vgl. § 20 Abs. 1 AO, Finanzamtzuständigkeitsverordnung vom 11.4.1973, BStBl I 1973. 470 ff.).

Unter den gegebenen Voraussetzungen endete die Antragsfrist mit Ablauf des 30. September 1982, einem Donnerstag. Da der InvZul-Antrag erst am 1. 11. 1982 beim zuständigen FA München für Körperschaften einging, war die Antragsfrist nicht gewahrt.

Entgegen der Ansicht der Klin kommt dem Einwurf des InvZul-Antrags am 29. 9. 1982 um 21.00 Uhr in den Briefkasten des Finanzamts München für Grundbesitz und Verkehrssteuern keine fristwahrende Bedeutung zu. Dies gilt unabhängig von der Tatsache, ob das Finanzamt München für Grundbesitz und Verkehrssteuer diesen Antrag mit einem zeitgerechten Eingangsstempel versehen hat oder nicht.

Auf Grund der Zeugenaussagen ist der Senat zwar überzeugt, daß der InvZul-Antrag tatsächlich am 29. 9. 1982 um ca. 21.00 Uhr durch die steuerliche Vertreterin persönlich in den Briefkasten des Finanzamts München für Grundbesitz und Verkehrssteuern geworfen wurde, obwohl der Antrag keinen Eingangsstempel dieses Amtes trägt. Dies erklärt sich aus dem Umstand, daß sich der Antrag laut der Zeugenaussage in einem Briefumschlag befand, der an das Finanzamt München für Körperschaften, Meiserstr. 4 adressiert war. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Finanzämter nicht an sie adressierte Post ungeöffnet an den auf dem Kuvert angegebenen Adressaten weiterleiten. Lediglich das Kuvert wird mit einem entsprechenden Eingangsstempel versehen. Da jedoch die Kuverts für InvZul-Anträge vom Finanzamt München für Körperschaften nicht zu den Akten genommen werden (vgl. die gesamten Investitionszulage-Akten), ist es unter den gegebenen Umständen verständlich, warum der am 29. September 1982 beim Finanzamt München für Grundbesitz und Verkehrssteuern eingeworfene

InvZul-Antrag keinen Eingangsstempel dieses Finanzamts trägt. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß der Antrag nicht fristgerecht gestellt wurde, weil das Finanzamt München für Grundbesitz und Verkehrssteuern für den Antrag auf InvZul nicht zuständig ist.

Der Eingang bei einer unzuständigen Behörde kann nur dann als unschädlich behandelt werden, wenn diese den Antrag innerhalb der Frist an die zur Entscheidung berufene Stelle weiterleitet (vgl. BFH-Urt.v. 10.6.1975 VIII R 72/72, BStBl II 1975, 762, Heyde a.a.O.). Im Streitfall liegen diese Voraussetzungen jedoch nicht vor, weil der Antrag beim zuständigen Finanzamt München für Körperschaften nach Ablauf der Antragsfrist am 1.10.1982 eingegangen ist. Darauf kommt es aber allein an.

Eine Wiedereinsetzung kommt auch nicht deshalb in Frage, weil das Finanzamt München für Grundbesitz und Verkehrssteuern den InvZul-Antrag nebst Anlagen erst am übernächsten Tag an das zuständige Finanzamt München für Körperschaften weitergeleitet hat.

Beantragt ein Steuerpflichtiger oder dessen Vertreter entgegen der ausdrücklichen Belehrung im Vordruck IZF (80) die InvZul bei einem unzuständigen Finanzamt, so trägt der Antragsteller grundsätzlich das Risiko der rechtzeitigen Übermittlung. Es gelten hier die gleichen Grundsätze, die für das Anbringen eines Rechtsbehelfs bei einer unzuständigen Behörde von der Rechtsprechung aufgestellt wurden (vgl. BFH-Urt.v. 12.1.1968 VI R 140/67, BStBl II 1968, 121). Zwar kommt Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in Betracht, wenn sich eine offensichtliche Pflichtverletzung der Behörde, die die Übermittlung zu veranlassen hat, feststellen läßt. Im Streitfall läßt sich ein derartiges Verhalten des Finanzamts München für Grundbesitz und Verkehrssteuern nicht feststellen. Der Antrag auf InvZul ist nach zwei Tagen am 1. Oktober 1982 beim Finanzamt München für Körperschaften eingegangen. Dieser Zeitraum von zwei Tagen liegt sogar unterhalb der normalerweise üblichen Bearbeitungs- und Weiterleitungsfrist, so daß ein schuldhaftes Verhalten der Münchner Finanzbehörden auszuschließen ist (vgl. auch BFH-Urt.v. 10.6.1975, a.a.O.). Auf eine schnellere Bearbeitung kann sich die Klin nach den Grundsätzen des BFH-Beschlusses vom 12.1.1968 VI R 140/67 (BStBl II 1968, S. 121) nicht berufen. Wie der BFH in seinem Beschluß ausgeführt hat, kann derjenige, der das Risiko unrichtiger Adressierung schuldhaft übernimmt, zu seiner Entschuldigung auch nicht geltend machen, daß der unrichtige Adressat bei schnellerer Bearbeitung des Vorgangs die Sache noch rechtzeitig an die richtige Stelle hätte weiterleiten können. Diese Grundsätze gelten auch für den insoweit vergleichbaren Fall, daß trotz

richtiger Adressierung der InvZul-Antrag vom steuerlichen Vertreter persönlich unter nicht entschuldbaren Umständen in den Briefkasten eines unzuständigen Finanzamtes geworfen wird. Nachdem unter Beachtung dieser Grundsätze eine Fehlleistung des Finanzamts München für Grundbesitz und Verkehrssteuern nicht feststellbar ist, ist es auch unbeachtlich, daß sich das zuständige Finanzamt München für Körperschaften nur einige Meter neben dem Finanzamt München für Grundbesitz und Verkehrssteuer befindet.

Weiterführende Hinweise:

- 1) Prüfungsschema für einen ordnungsgemäßen Wiedereinsetzungsantrag vgl. GI 26/84

- 2) Der an ein unzuständiges Gericht adressierte Schriftsatz geht erst dann beim zuständigen Gericht ein, wenn er nach Weiterleitung durch das zunächst ausgegangene Gericht tatsächlich in die Verfügungsgewalt des zuständigen Gerichts gelangt. Das gilt auch, wenn der Schriftsatz bei einer allgemeinen gemeinsamen Einlaufstelle mehrerer Gerichte – zu denen sowohl das unzuständige als auch das zuständige Gericht gehören – eingereicht wird. BGH
Beschl. v. 9.7.1986
– IVa ZB 9/86
VersR 87, 48

Wird eine Rechtsmittelfrist infolge falscher Adressierung des Rechtsmittelschriftsatzes versäumt, so ist das Verschulden des Prozeßbevollmächtigten hierfür auch dann ursächlich, wenn bei rechtzeitiger Weiterleitung des fehlgegangenen Schriftsatzes eine Fristversäumung vielleicht hätte vermieden werden können.

- 3) Bei einer auffallenden Häufung des Verlusts von Postsendungen kann davon ausgegangen werden, daß ein festgestellter Organisationsmangel des Rechtsanwalts bei der Ausgangskontrolle für ein Fristversäumnis nicht ursächlich geworden ist. BGH
Beschl. v. 9.7.1986
– VIII ZB 22/86, KG
VersR 87, 49

Berichtigung:

Das Urteil des OLG Düsseldorf vom 9.10.1986 – 18 U 83/86 –, das wir in GI 1986, S. 156 veröffentlicht haben, ist nicht rechtskräftig geworden. Wir geben insoweit eine Mitteilung der Steuerberaterkammer Düsseldorf und des 18. Zivilsenats weiter.

Haftung des Steuerberaters

– Geldbuße als Schaden?

– Anmerkung

(LG Düsseldorf Urf. v. 19. 6. 1986 – 14 O 11/86)

Leitsatz (d. Verf.):

Wird als Folge eines Strafverfahrens eine Geldbuße gezahlt, so beruht diese – ebenso wie die Anwaltskosten – auf eigenem Verschulden des Beschuldigten.

Aus den Gründen:

Der Kläger kann gegen den Beklagten nicht mit Erfolg die Klageforderung als Schadenersatz geltend machen.

Der vom Kläger geltend gemachte Schaden, nämlich die von ihm gezahlte Geldbuße und die infolge des Strafverfahrens aufgewandten Anwaltskosten, sind nicht die Folge einer etwaigen fehlerhaften Beratung durch den Beklagten. Strafverfahren werden vielmehr eingeleitet aufgrund der Annahme eigenen Verschuldens des Beschuldigten. Insbesondere die Verurteilung stützt sich ausschließlich auf das eigene Verschulden des Angeklagten. Dies gilt auch bei einer Verfahrenseinstellung gem. § 153 a StPO, bei der es zudem der Zustimmung des Beschuldigten bedarf. Hieraus folgt, daß die Zahlung der Geldbuße ausschließlich die Folge des **eigenen** Verschuldens des Klägers bei der verfolgten Steuerhinterziehung ist. Dies gilt auch, soweit infolge des eingeleiteten Strafverfahrens Anwaltskosten angefallen sind.

.....

Anmerkung:

Die Aussage des LG Düsseldorf ist für den Regelfall richtig. Es widerspricht Sinn und Zweck einer Strafe, sie im Wege des Schadenersatzes auf Dritte abzuwälzen. Sie basiert auf einem persönlichen Schuldvorwurf und ist dem Gewicht, auch im Verhältnis zu dem Verhalten eines eventuellen Mittäters, angepaßt (BGH NJW 1957, 586; OLG Koblenz DStR 1981, 238; LG München DStR 1978, 51).

Ausnahmsweise besteht ein schutzwürdiger Regreßanspruch, wenn der Mandant aufgrund eines Beratungsfehlers die Möglichkeit des straffbefreienden Rücktritts durch Abgabe einer Selbstanzeige nicht wahrgenommen hat (vgl. RGZ 169, 267; BGH NJW 1957, 586 = WM 1957, 288 = BGHZ 23, 222). Zu den Anwaltskosten für das Strafverfahren ist auch zu berücksichtigen, daß die Strafprozeßordnung eigenständige und abschließende Kostenregelungen enthält (BGHZ 24, 263 = NJW 1957, 1593).

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–2, 1987)

Antrag		Sachverhaltsermittlung	87, 8
– Investitionszulage	87, 20	Sachverständiger	
– = zuständiges Finanzamt		– Rechtsberatung durch	87, 12 (LS)
Buchführungsauftrag		Schaden	
– Buchung ohne Beleg	87, 4	– Geldbuße	87, 24
– Unterschlagungsentdeckung	87, 4	– Anwaltskosten f. Strafverfahren	87, 24
Fristenkontrolle		Steuerberatungsgesetz	
– unverschuldetes Säumnis/	87, 20	– § 4 Ziff. 5	87, 13
– Brief an unzuständiges FA		– = durch Unternehmensberater	
Geldstrafe/-buße		– = unmittelbarer Zusammenhang	87, 14
– Schaden	87, 24	– 57	
Honoraranspruch		– = Unabhängigkeit	87, 17
– Buchführungsmandat	87, 9	– = Gebührenzahlung durch Dritte	87, 17, 19
– Verjährung	87, 9	Steuerhinterziehung	
Literatur- u. Rechtsprechungshinweise		– Fortsetzungstag	87, 2
– Wiedereinsetzung	87, 23	– Strafbefehl, Rechtskraft	87, 2
Mitverschulden (§ 254 BGB)		– USt-Erstattungsanspruch	87, 2
– für Unterschlagung durch ArbN	87, 6	– Verjährung	87, 2
Notar		Unterschlagung	
– Sachverhaltsermittlung	87, 8	– Buchführungsmandat	87, 4
– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7	– Mitverschulden d. Mandanten	87, 6
Rechtsanwalt		Verjährung	
– Bürogemeinschaft im Inkassobüro	87, 12 (LS)	Honoraranspruch	87, 9
Rechtsbeistand		Vertragsgestaltung	
– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12 (LS)	– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		Wiedereinsetzung	
– durch Schuldenregulierung	87, 12 (LS)	– Fristenkontrolle	87, 20
– durch Versicherungsmathematiker/	87, 12 (LS)	– = falsches FA	
– Rentenbescheid	87, 12 (LS)	– = Kompensationsverschulden	
– Anwalts- und Inkassobüro	87, 12 (LS)	– d. Gerichts/FA	87, 20
– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12 (LS)	– Weiterleitung an zuständiges	87, 20
		– FA/Gericht	

BGH v. 28.1.1986 – 1 StR 611/85	87, 2	LG Düsseldorf v. 16.5.1986 –	87, 12
= wistra 86, 142		22 S 564/85	(LS)
= Anm. Würthwein wistra 86, 258		= RBeistand 1986, 129	
BGH v. 2.7.1986 – 3 StR 87/86	87, 2	LG Düsseldorf v. 19.6.1986 –	87, 24
= wistra 86, 257		14 O 11/86	
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 138/84	87, 13	LG Mosbach v. 14.2.1986 –	87, 12
= WM 1987, 85 = EBE 1987, 36		KfH O 119/85	(LS)
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 16/85	87, 18	= RBeistand 1986, 127	
= WM 1987, 83 = EBE 1987, 40		LAG Hamm v. 13.5.1986 –	87, 12
BGH v. 6.11.1986 – IX ZR 125/85	87, 7	11 Sa 2354/85	(LS)
OLG Düsseldorf v. 24.6.1986 –	87, 2	= RBeistand 1986, 166 m. Anm.	
Ss 125/86 = wistra 86, 273		EG Düsseldorf v. 5.12.1985 –	87, 12
OLG Koblenz v. 25.10.1985 –	87, 3	4 EV 117/83 und 4 EV 32/85	(LS)
8 U 1340/84		= RBeistand 1986, 131	
OLG Köln v. 14.5.1986 – 6 U 189/85	87, 9		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.